

Nach „David gegen Goliath“ in Ensdorf: Neue Kohlekraftwerke in Deutschland sind überflüssig!

Kaiserslautern/Saarbrücken, 30.11.2007 – Nach der Aufgabe des Kohle-Großkraftwerks in Ensdorf/Saar fordert der Umwelt-Infodienst den Stopp der Planungen für weitere Projekte dieser Art in Deutschland. In einer einzigartigen Bürgerbefragung hatten sich am vergangenen Sonntag über 70 Prozent der Befragten gegen das Vorhaben von RWE Power und der saarländischen Landesregierung ausgesprochen, dort ein völlig überdimensioniertes Steinkohlekraftwerk mit zwei Blöcken und einer Leistung von 1.600 Megawatt zu bauen. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses will der Gemeinderat Ensdorf einer Änderung des Flächennutzungsplans, die für den Bau notwendig wäre, nicht zustimmen. Daraufhin erklärte der Energieriese den Bauverzicht.

Karl-Heinz Winkler, Energie-Experte und einer der Initiatoren des Widerstandes gegen das Projekt, sagte im Gespräch mit dem Umwelt-Infodienst: „Kein einziges der übrigen geplanten Kohlekraftwerke wird in Deutschland zur Deckung des Energiebedarfs benötigt.“ Nach Ansicht Winklers dienen sie lediglich der Profitmaximierung der großen Stromkonzerne und seien volkswirtschaftlich unsinnig, da ein großer Teil des Stroms exportiert werde. Der Neubau kleiner, dezentraler und kraft-wärmegekoppelter Anlagen, die einen Gesamtwirkungsgrad von bis zu 90 Prozent erzielen, reiche für die Deckung des Strombedarfs in Deutschland auch langfristig völlig aus.

In Ensdorf gelang es, nach mühseligen Verwaltungsakten und unermüdlicher Aufklärungsarbeit eine breite Allianz aus Bürgern, Umweltverbänden, Ärzteschaft, Immobilien- und Kinderschutzverbänden sowie den Grünen zu mobilisieren, um die Abstimmung der Einwohner über das Projekt und letztendlich die hohe Wahlbeteiligung von 70,19 Prozent der Bürger zu erreichen. Damit war die Vorgabe des Gemeinderates deutlich erfüllt, bei einer Beteiligung von mehr als zwei Dritteln der 5.638 Wahlberechtigten das mehrheitliche Votum umzusetzen. Drei weitere baugleiche Anlagen sind nun noch im westfälischen Hamm sowie in den Niederlanden ohne Beteiligung der Öffentlichkeit geplant.

In Deutschland ist auch nach Einstellung der Projekte in Bielefeld, Bremen und Ensdorf der Bau weiterer 24 Kohlekraftwerke, darunter 3 besonders klimaschädliche Braunkohlekraftwerke, mit einer Kapazität von über 22.000 Megawatt geplant. Der Anteil der genutzten Restwärme ist dabei meist so gering, dass daraus ein schlechter Gesamtwirkungsgrad der Anlage entsteht. Eine in der vergangenen Woche von Greenpeace veröffentlichte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Bundesregierung ihr angestrebtes Ziel einer Treibhausgasminderung von 40 Prozent bis 2020 mit dem Klimaschutzpaket in seiner aktuellen Form nicht erreichen wird. Statt der notwendigen Reduktion von 270 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr sei nur eine jährliche Minderung um maximal 160 Millionen Tonnen CO₂ zu erwarten. Hauptgrund für das Scheitern der Regierungspläne ist demnach das Neubauprogramm für Kohlekraftwerke in Deutschland. Dies bestätigte unterdessen auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel am vergangenen Montag auf einer SPD-Veranstaltung in Salzgitter.

Der Umwelt-Infodienst fordert kleine dezentrale Kraftwerke, bei denen die bei der Stromerzeugung entstehende Wärme mitgenutzt wird. Die Leistung kann damit sehr flexibel an den Verbrauch angepasst werden und ist mit Erdgas auch besonders CO₂-arm. Als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz sieht der Umwelt-Infodienst auch die für jedermann bestehende Möglichkeit, zu einem seriösen Ökostromanbieter zu wechseln. Erst wenn RWE Power und andere Energiekonzerne merken, dass die betroffenen Bürger ihnen nicht den Strom abkaufen wollen, der zu ihren Lasten produziert wird, kann sich in der Politik der Unternehmen etwas ändern. Dabei ist Strom der ausschließlich umweltfreundlich produzierenden Energieversorger oft nur unwesentlich teurer als der aus herkömmlicher Erzeugung. In manchen Regionen kann er sogar günstiger sein. Wie problemlos der Wechsel möglich ist, zeigt das Bündnis von Ökostromanbietern auf seiner Internetpräsenz www.atomausstieg-selbermachen.de.

Achtung Redaktionen: Für telefonische Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne unter der Rufnummer 0170 / 67 38 634 zur Verfügung.